

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16192
Donnerstag, 09. Dezember 2021

Moosbrugger: Wer Tierwohl-Latte höher legt, muss für Absatz sorgen	1
Strasser: Neue Perspektiven für Schweinebauern	2
EU-Agrarprognose bis 2031: Eiweißpflanzenproduktion steigt um ein Drittel	3
EU-Parlament: Schmiedtbauer stellte Forderungskatalog zum Bio-Aktionsplan vor	4
DBV zieht Bilanz: Schwache landwirtschaftliche Saison 2020/21	5
Weißrussland führt Lebensmittelembargo ein	6
Franz Waldenberger als Landwirtschaftskammer OÖ-Präsident nominiert	6
OÖ Landesverband für Leistungsprüfung und Qualitätssicherung zieht Bilanz	7
Umfangreiches Tierwohlpaket im nationalen Gesundheitsausschuss beschlossen	8
Maschinenring-Hilfsaktion "Bauern für Bauern" unterstützt schnell und unbürokratisch	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Moosbrugger: Wer Tierwohl-Latte höher legt, muss für Absatz sorgen

Erzeugerpreise, langfristige Partnerschaften und Herkunftskennzeichnung entscheidend

Wien, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Den heute vom Gesundheitsausschuss behandelten Entschließungsantrag zum Tierschutzvolksbegehren möchte der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**, nicht unkommentiert lassen. "Nach dem Pakt für mehr Tierwohl im vergangenen Jahr plant Österreich, das hohe Qualitätsniveau seiner bäuerlichen Tierhaltung weiter auszubauen. Sowohl im Schweine-, Geflügel- als auch im Rinderbereich sind herzeigbare Maßnahmen vorgesehen, um verstärkt auf die Wünsche der Bevölkerung einzugehen. Damit tatsächlich noch mehr Tierwohl erreicht wird, ist es jedoch notwendig, die ganze Wertschöpfungskette über die Verarbeitung bis zum Verbrauch zum Mitmachen zu bewegen und das Gesamtpaket umzusetzen", betont Moosbrugger. "Wer die Latte für unsere bäuerlichen Betriebe noch höher legt, muss im gleichen Atemzug dafür sorgen, dass diese nicht zum unüberwindbaren Hindernis wird. Wir brauchen einen zusätzlichen 'Turbo-Boost', und dieser besteht unter anderem aus verlässlichen Absatzmöglichkeiten für tierische Erzeugnisse am Markt, einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung und einkommenssichernden, höheren Erzeugerpreisen."

Tierwohl und Bauernwohl gehören untrennbar zusammen

"Wir Bäuerinnen und Bauern geben tagtäglich unser Bestes, damit es unseren Tieren gut geht und sie gesund sind. Zu Tierwohl gehört aber mehr als die richtige Haltung. Zu Tierwohl gehört auch, dass die Bäuerinnen und Bauern von ihrer harten Arbeit leben können und ihre Höfe somit Bestand haben. Es gilt zu verhindern, dass die Tiere zwar vorbildlichst betreut werden, ihre Halterinnen und Halter jedoch am Ende des Tages mit leeren Händen dastehen, weil die Abnehmer lieber zu billigeren Importprodukten mit schlechten Standards gegriffen haben. Dann investieren unsere Betriebe nicht mehr, hören auf und keinem Vierbeiner ist geholfen. Tierwohl und Bauernwohl gehören untrennbar zusammen", so der LKÖ-Präsident, der als Milchviehhalter selbst tagtäglich die Herausforderungen der Praxis erlebt und die Wut der Bäuerinnen und Bauern über die harte Realität am Markt aus unzähligen Gesprächen kennt.

Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung endlich umsetzen

"Es war wichtig, alle Seiten in die Erarbeitung des Entschließungsantrages einzubinden. Was auf dem Tisch liegt, wäre ein weiterer enormer Offensivschritt der heimischen Landwirtschaft. Auch die anderen Marktteilnehmer müssen Farbe bekennen - und zwar die rot-weiß-rote", fordert Moosbrugger. "Mehr Tierwohl wird es nur geben, wenn auch mehr Tierwohl gekauft wird. Für Billigimportware darf es keinen Regalplatz mehr geben. Verarbeitung, Handel und Konsumenten sind gleichermaßen aufgefordert, sich als Tierwohl-Partner zu erweisen. Und auch in der öffentlichen Beschaffung muss Schluss mit der Verzögerungstaktik sein. Vollmundige Ankündigungen sind zu wenig. Wir erwarten uns, dass der Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung endlich zur gelebten Realität wird", betont der LKÖ-Präsident. "Auch die Umsetzung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung bei Verarbeitungsprodukten und in der Gemeinschaftsverpflegung ist mehr als überfällig. Das Paket liegt die längste Zeit fixfertig auf dem Tisch. Kein Bauer und kein Konsument kann nachvollziehen, warum das Gesundheitsministerium bei diesem wichtigen Thema so lange

zögert. In der derzeitigen Corona-Lage die schwer geschädigte Gastronomie zum Zankapfel zu erklären, ist ein falsches Spiel. Der Gesundheitsminister sollte sich einen Ruck geben - im Sinne unserer Bauern, Konsumenten und Tiere. Wir haben unseren Beitrag geleistet, jetzt ist er gefordert. Dieses Taktieren muss ein Ende haben", fordert Moosbrugger.

Noch mehr Tierwohl in Schweine-, Geflügel- und Rinderhaltung

Gemäß Entschließungsantrag soll unter anderem der ab 1. Jänner 2022 vorgesehene höhere Förderstandard für Investitionen in Ferkelaufzucht und Schweinefleischerzeugung ab 1. Jänner 2023 zum gesetzlichen Mindeststandard für Neu- und Umbauten werden. Das bedeutet für die Schweine verbesserte Bewegungsmöglichkeiten, strukturierte Buchten, Klimatisierung und mehr Beschäftigungsmaterial. Vollspaltenbuchten bisheriger Art werden somit zum Auslaufmodell. Im Rinderbereich sind verbesserte regionale Aufzucht- und Absatzmöglichkeiten von Kälbern vorgesehen, um das Import-Export-Geschehen weiter zu reduzieren. Schlacht- und Mastrindertransporte in Drittstaaten sollen behördlich verboten und Zuchttiertransporte noch besser kontrolliert werden. Weiters ist geplant, das in der vorbildhaften österreichischen Geflügelhaltung ohnehin nicht mehr praktizierte Schreddern von Küken auch gesetzlich zu verbieten. Männliche Küken sollen auch generell nur noch dann getötet werden dürfen, wenn diese von Zoos, Greifvogelstationen, Tierschutzhäusern etc. als Futterküken gebraucht werden. Das wird mittels der Datenbank "Poultry Health Data" genau nachvollziehbar und transparent dokumentiert. Im Ranking der Tierschutzorganisation "World Animal Protection" wurde Österreich unter 50 Staaten zum Tierwohlweltmeister gekürt. (Schluss) - APA OTS 2021-12-09/11:58

Strasser: Neue Perspektiven für Schweinebauern

Haltungssystem mit eigenen Liegeflächen ab 2023 bei Neu- und Umbau

Wien, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Ab 2023 soll es beim Um- und Neubau von Schweineställen nur mehr Haltungssysteme mit eigenen Liegeflächen geben, betont ÖVP-Landwirtschaftssprecher und Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** mit Verweis auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag mit den Grünen im Parlament. Damit beginnt die Schweinebranche aktiv mit dem Ausstieg aus der bis dato praxisüblichen Vollspaltenhaltung. Das neue Stallsystem mit Liegeflächen sei bei Tierwohlprogrammen in Dänemark bereits erfolgreich erprobt worden. "Jetzt kommt es auch in Österreich", sagt Strasser im Vorfeld der finalen Debatte zum Tierschutzvolksbegehren nächste Woche im Parlament.

Der Ankündigung ist ein Schulterschuss gemeinsam mit der Branche vorangegangen. Strasser: "Ich darf mich bei allen für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Gemeinsam mit dem Verband Österreichischer Schweinebauern (VÖS), dem Landwirtschafts- und dem Gesundheitsministerium, der Landwirtschaftskammer und mit unserem Koalitionspartner schaffen wir mehr Planungssicherheit für unsere Familienbetriebe", so Strasser.

Die Gesundheit und das Wohlergehen ihrer Tiere haben bei Österreichs Bäuerinnen und Bauern oberste Priorität. Dennoch sehen sich die Schweinehalter, deren Ställe im Vergleich zu anderen EU-Ländern weit kleiner sind, zunehmend mit Akzeptanzproblemen konfrontiert. Der Wunsch nach mehr Tierwohl im Schweinestall seitens der Konsumenten wird immer lauter geäußert. Für eine Systemumstellung, also für Um- oder Neubauten, benötigen die Bauern aber "konkrete Perspektiven,

Übergangszeiten und Planungssicherheit", so Strasser. "Diese sollen mit dem heutigen Entschließungsantrag geschaffen werden."

Geänderte Maßnahmen

Konkret werden Agrarpolitik und Schweineproduzenten Folgendes ändern: Moderne Stallhaltungssysteme wie in Dänemark mit mehr Bewegungsmöglichkeiten, separaten Liegeflächen, Beschäftigungsmaterial sowie vorgeschriebener Klimatisierung werden ab 2023 zur gesetzlichen Norm bei Um- und Neubauten. Das bedeutet deutlich strengere Standards als im EU-Durchschnitt. Für teilnehmende Betriebe am AMA-Gütesiegel-Programm wird dieser Standard ab 2032 zur Pflicht - ab diesem Zeitpunkt ist der Vollspaltenboden im AMA-Gütesiegel und damit für 40% der hierzulande gehaltenen Schweine Vergangenheit.

Schon zwei Jahre früher umgesetzt werden soll die Umstellung der öffentlichen Beschaffung auf die beiden Premium-Standards "AMA-Gütesiegel Tierwohl" sowie "Bio" bis 2030, was dann einen Absatz von 1 Mio. Schweinen pro Jahr bedeuten wird. Unterstützung erhalten die Schweinebetriebe über die Investitionsförderung "Tierwohlpakt" und über Module im neuen Umweltprogramm ÖPUL. Begleitet werden soll der Prozess mit dem Projekt "Innovationen für bestehende Schweineställe - IBeSt" unter Einbindung von Praktikern, Ministerien, Wissenschaft, Experten und Tierschutzorganisationen. Die Umsetzung des Verbots des routinemäßigen Kupierens der Schwänze von Schweinen wird mithilfe einer verpflichtenden Tierhaltererklärung und einer Risikoanalyse erfolgen.

Wichtig für die bäuerlichen Produzenten seien begleitende Förder- und Marktanreize, Forschung und Beratung, sagt Strasser, aber auch Bewusstseinsbildung und angemessene Übergangsfristen. "Seit Jahren beschäftige ich mich politisch und fachlich mit der prekären Situation der Schweinebranche. Mein persönliches Ziel als Präsident des Österreichischen Bauernbundes ist es, dass die Schweinebauern auch in zehn oder 20 Jahren stolz auf ihre Arbeit, ihre Tiere und ihre Produkte sind. Und dass die Konsumenten zu Hause, im Gasthaus oder in der Kantine mit Begeisterung ihr österreichisches Schnitzel genießen", so Strasser. "Junge Schweinehalter sind sich oft unsicher, ob sie mit ihrer Form der Schweinehaltung eine Zukunft haben. Mit dem heutigen Entschließungsantrag zum Tierschutzvolksbegehren geben wir ihnen Perspektiven und Planungssicherheit. Damit ist ein großer Schritt in Richtung mehr Tierwohl gelungen", erklärt Strasser. (Schluss)

EU-Agrarprognose bis 2031: Eiweißpflanzenproduktion steigt um ein Drittel

Getreideerzeugung verkleinert sich

Brüssel, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Die EU-Kommission hat ihren Ausblick auf die EU-Agrarmärkte bis 2031 präsentiert. Darin geht die Behörde davon aus, dass im Jahr 2031 in der EU 276 Mio. t Getreide und damit um 2,5% weniger als im Vergleich zu 2021 produziert werden. Gleichzeitig werde auch der Verbrauch an Getreide in der EU in zehn Jahren auf 255 Mio. t zurückgehen, vor allem weil weniger Futtergetreide gebraucht werde, teilt die EU-Kommission in ihrer mittelfristigen Einschätzung mit. Beim Export von Getreide bleibe die EU wettbewerbsfähig, müsse sich allerdings mit einer zunehmend starken Konkurrenz aus der Schwarzmeerregion auseinandersetzen. Dagegen geht die EU-Kommission von einer deutlichen Steigerung der Eiweißpflanzenproduktion um 33% auf 5,2 Mio. t im Prognosezeitraum aus. Die Pflanzen würden

aufgrund ihrer agronomischen Vorteile und Marktaussichten weiterhin auf Interesse stoßen und die Erträge bis 2031 voraussichtlich um 14% steigen. Auch der EU-Verbrauch wird im Jahr 2031 über jenem von 2021 gesehen und könnte um 14% auf 5,6 Mio. t anwachsen.

Auch bei der Ölsaatenproduktion sieht die EU-Kommission einen leichten Aufwärtstrend, vor allem durch einen Zuwachs bei Sonnenblumen und Sojabohnen. Dagegen stehe die Rapserzeugung vor Herausforderungen durch das Klima sowie Pflanzenkrankheiten. Die EU-Ölsaatenerzeugung 2031 schätzt die EU-Kommission auf 31,2 Mio. t.

Gute Aussichten gibt es für die Produktion von Käse und Geflügel. Der Outlook-Bericht geht von einer Steigerung der Milcherzeugung in der EU um jährlich 0,5% aus. Im Jahr 2031 sollen in der EU 162 Mio. t Milch erzeugt werden. Die erhöhte Erzeugung werde vor allem für die Herstellung von Käse verwendet. Dafür geht die EU-Kommission von jährlichen Steigerungsraten von 0,7% aus. Dagegen wird in der EU weniger Fleisch gegessen. Der Rückgang betreffe den Verbrauch von Rind- und Schweinefleisch, während mehr Geflügelfleisch nachgefragt werde.

Unsicherheit durch Energiepreise

Hohe Energie- und Düngemittelpreise setzen den Landwirten zu, erklärte **Tassos Haniotis** von der EU-Kommission auf der "Outlook Conference". Schwankungen bei den Energiepreisen zählten zu den großen Unsicherheitsfaktoren in der Agrarbranche. Die Energiepreise hätten sich seit dem Jahresbeginn verdreifacht und lasteten trotz der gestiegenen Erzeugerpreise auf den Einkommen der Landwirte, so der Experte. Die Betriebe müssten jedoch klimafreundlicher produzieren und gleichzeitig die Versorgung absichern. Beide Ziele ließen sich nur durch technischen Fortschritt erreichen.

EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** stellte in seiner Eröffnungsrede zur "Outlook Conference" klar, dass die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nicht zu einer geringeren Erzeugung führen werde. Im Gegenteil, Eco-Schemes für die Präzisionslandwirtschaft oder für die Humusanreicherung im Boden sorgten für eine Steigerung der Erträge. Zudem gebe es mehr Förderung für Kleinbetriebe. Dadurch würden Betriebsaufgaben verhindert und vor allem die Tierhaltung stabilisiert, so Wojciechowski.

Der vollständige Marktausblick für die EU-Landwirtschaft bis 2031 kann auf aiz.info heruntergeladen werden. (Schluss) mö

EU-Parlament: Schmiedtbauer stellte Forderungskatalog zum Bio-Aktionsplan vor

Angebot und Nachfrage müssen gemeinsam wachsen - Lösungen für Mitgliedstaaten

Brüssel, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Die Umsetzung des geplanten EU-Bio-Aktionsplans kann nur im Gleichklang von Angebot und Nachfrage sowie mit flexiblen Maßnahmen und Anreizen für Mitgliedstaaten aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausgangspunkte funktionieren, betonte

Simone Schmiedtbauer, Chefverhandlerin für den Forderungskatalog des Europäischen Parlaments (EP) zum EU-Bio-Aktionsplan, dessen Entwurf sie heute im EP-Agrarausschuss präsentierte. "Nur ein Marktgleichgewicht kann stabile Erzeugerpreise und damit die wirtschaftliche Zukunft der Bio-Bäuerinnen und -Bauern sichern. Daher müssen wir den Bio-Konsum fördern. Der Ausbau von kurzen, regionalen und saisonalen Lebensmittellieferketten samt Direktvermarktung, wo es möglich ist, kann Einkommen sichern, Arbeitsplätze schaffen und zugleich zu mehr Tierwohl und Schutz von Umwelt, Klima und Artenvielfalt beitragen", erklärte Schmiedtbauer. * * * *

Als ehemalige Bürgermeisterin sei ihr die Einbindung der lokalen und regionalen Ebene besonders wichtig. Dort könnte das Bio-Bewusstsein etwa durch Bildungsprogramme in Schulen und Kindergärten geschärft, die Zusammenarbeit zwischen Erzeugern und Konsumenten gefördert und die Bedingungen für Produktion, Logistik und Handel gezielt vor Ort verbessert und dem Bio-Sektor mit grüner Beschaffung unter die Arme gegriffen werden. "Die Vertreter der lokalen und regionalen Ebene wissen, wo der Schuh drückt und wo man Schrauben nachziehen kann", betonte die Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament.

Schließlich müsse der EU-Bio-Aktionsplan von einer starken Forschungs- und Innovationspolitik flankiert werden. Für die Weiterentwicklung des Bio-Sektors spiele die Verfügbarkeit von Daten, zum Beispiel zur Produktion, zum Verbrauch, zu Ab-Hof- und Einzelhandelspreisen, Verbraucherpräferenzen, Lieferkettenstrukturen und Nachhaltigkeitsaspekten in Bezug auf Umwelt, Klima und Biodiversität eine wesentliche Rolle. Konsumenten- und Produktionstrends könnten so ermittelt und zum Nutzen beider Seiten optimiert werden, so Schmiedtbauer. (Schluss)

DBV zieht Bilanz: Schwache landwirtschaftliche Saison 2020/21

Rukwied: Situation bei Schweinehaltern mehr als angespannt

Berlin, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Joachim Rukwied**, zieht eine ernüchternde Bilanz für das abgelaufene landwirtschaftliche Wirtschaftsjahr und sieht große Unsicherheiten für 2021/22: "Die Corona-Pandemie hat auch viele landwirtschaftliche Betriebe hart getroffen: Die anhaltenden ruinösen Erzeugerpreise für Schlachtschweine und Ferkel sind existenzbedrohend. Dazu schwächen die explodierten Betriebsmittelkosten die wirtschaftliche Grundlage der Betriebe. Die Situation bei den Schweinehaltern ist mehr als angespannt."

Die wirtschaftliche Situation der deutschen Landwirtschaft hat sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr von Juli 2020 bis Juni 2021 deutlich verschlechtert. Grund dafür waren vor allem Corona-bedingte starke Umsatzeinbrüche in der Schweinehaltung. Im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe (Personengesellschaften und Einzelunternehmen) blieb das Unternehmensergebnis um 15% hinter dem Vorjahresergebnis zurück, teilt der DBV mit. Die schweinehaltenden Veredelungsbetriebe verloren im Wirtschaftsjahr 2020/21 gut zwei Drittel ihres Unternehmensgewinns. In der Rinder- und Milchviehhaltung dagegen konnten leicht höhere Gewinne verzeichnet werden. Ackerbaubetriebe haben ihr Vorjahresergebnis in etwa halten können.

Wie stark sich die Unternehmensergebnisse im laufenden Wirtschaftsjahr 2021/22 wieder erholen werden, ist unsicher. Die Preisentwicklungen für viele Agrarprodukte und Betriebsmittel sind sehr sprunghaft. Stark gestiegene Preise zum Beispiel bei Raps und Getreide und sich weiter festigende Preise bei Milch und Rindern stehen aktuell starken Verteuerungen beim Zukauf von Futter- und Düngemitteln sowie Energie gegenüber. Die Treibstoffpreise sind im November etwa anderthalbmal so teuer wie vor einem Jahr, zugekaufte Futtermittel kosten etwa ein Fünftel mehr, Stickstoffdüngemittel sind sogar dreimal so teuer. Der Deutsche Bauernverband geht davon aus, dass Schweineerzeuger zunächst weiter unter einem dramatischen wirtschaftlichen Druck stehen. Die gestiegenen Erlöse bei Milch, Rindfleisch und Feldfrüchten werden durch deutlich verteuerte Betriebsmittel aufgeessen. Vieles hängt jedoch noch von den Marktentwicklungen im ersten Halbjahr 2022 ab, so die Interessenvertretung. (Schluss)

Weißrussland führt Lebensmittelembargo ein

Sanktionen für "unfreundliche Handlungen" westlicher Staaten

Minsk, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Ab Jänner 2022 sollen die Einfuhren mehrerer Agrar- und Ernhrungsgter aus den westlichen Ländern nach Weißrussland verboten werden. Die von der Regierung beschlossene Maßnahme sei eine Antwort Minsks auf die "unfreundlichen Handlungen dieser Staaten und den unrechtmäßigen Sanktionsdruck", berichtet die amtliche Nachrichtenagentur Belta. Das Embargo gilt nämlich für Importe aus allen Mitgliedsländern der Europäischen Union sowie aus den USA, aber auch aus Kanada, Norwegen, Albanien, Island, Nordmazedonien, Großbritannien, Montenegro und der Schweiz. Auf der Sperrliste stehen dabei unter anderem Lebenschweine, Rind- und Schweinefleisch, Milch und die meisten Molkereierzeugnisse, Schweine-, Rinder- und Geflgelfett, Gemüse (mit Ausnahme von Gemsesaatgut), Obst, Nsse sowie Wurst- und Süßwaren. Laut Belta lag in den ersten zehn Monaten 2021 der Gesamtwert dieser Produkte aus den vom Importstopp betroffenen Ländern bei mehr als 530 Mio. USD (469 Mio. Euro). Ausgenommen vom Verbot sind unter anderem Kindernahrung sowie für den Eigenbedarf eingeführte Waren. Die inländischen Betriebe sollten für eine entsprechenden Aufstockung der vom Embargo betroffenen Produkte und die Importeure für die Einfuhren derjenigen Waren aus den "befreundeten Ländern" sorgen, die in Weißrussland nicht erzeugt werden. Für den Fall weiterer "destruktiver Handlungen" behalte sich Minsk das Recht vor, die Liste der Embargo-Positionen auszuweiten. (Schluss) pom

Franz Waldenberger als Landwirtschaftskammer O-Präsident nominiert

Vollversammlung stimmt am 10. Dezember ab

Linz, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - **Franz Waldenberger** ist für das Amt des Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich-Präsidenten nominiert. Im Vorfeld der Wahl am 10. Dezember durch die Vollversammlung der LK O strich Bio-Bauer Waldenberger seine Positionen hervor: "Ich werde mich für alle Bäuerinnen und Bauern mit derselben Leidenschaft einsetzen. Die Zukunft der Landwirtschaft liegt in der Vielfalt. Diese haben wir in Oberösterreich, und es ist die Aufgabe der Interessenvertretung, für alle Betriebe da zu sein." Breite Zustimmung erhielt Waldenberger als Nachfolger von Michaela Langer-Weninger bereits beim Landesbauernrat, dem höchsten Gremium

des Oberösterreichischen Bauernbundes. Zugleich geht es ihm auch um eine gute Zusammenarbeit mit allen in der LK-Vollversammlung vertretenen Fraktionen.

Waldenberger hat sich auf sein neues Amt in vielzähligen telefonischen und virtuellen Gesprächen mit Bauern und Interessenvertretern vorbereitet. Häufig genannte Themen waren die oft geringe gesellschaftliche Wertschätzung in Zusammenhang mit Tierwohl und Pflanzenschutz sowie die immer größer werdende Schere zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und den Kosten für Betriebsmittel. "Ich kenne so viele Bäuerinnen und Bauern, die mit einer so großen Leidenschaft, Freude und Überzeugung ihren Beruf ausüben. Aber dafür brauchen sie faire Preise und Verständnis. Sonst können sie nicht wirtschaften und - was wahrscheinlich ebenso wichtig ist - verlieren die Freude am Beruf. Als Landwirtschaftskammer müssen wir dafür da sein, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, aber auch die entsprechende Beratung sicherzustellen."

Zur Person

Waldenberger kommt aus Pennewang und bewirtschaftet dort mit seiner Frau einen gemischten biologischen Landwirtschaftsbetrieb mit Ackerbau, Ochsenmast und Legehennen. Speisekartoffeln und Getreide werden unter anderem direktvermarktet - am Betrieb gibt es einen sogenannten "BioDrive-In", einen modernen Selbstbedienungsladen. Waldenberger war von 2015 bis 2021 Obmann von Bio Austria Oberösterreich und ist mit der LK-Wahl im Jänner 2021 als Kammerrat in die Vollversammlung eingezogen. Der studierte Biologe war Bezirksgeschäftsführer der ÖVP Wels-Land und ist seit 2015 Bürgermeister der Gemeinde Pennewang. Der 52-Jährige ist verheiratet und Vater von vier Kindern im Alter zwischen 13 und 25 Jahren. (Schluss)

OÖ Landesverband für Leistungsprüfung und Qualitätssicherung zieht Bilanz

Stark gestiegene Betriebsmittelpreise bereiten Milchbauern Probleme

Linz, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Der OÖ Landesverband für Leistungsprüfung und Qualitätssicherung (LfL) hat vor Kurzem im Rahmen seiner Delegiertenversammlung Bilanz über die letzten beiden Geschäftsjahre gezogen. Die Strukturentwicklung im Verband, Modernisierungen in der Datenerfassung, die Herausforderungen im Personalmanagement und COVID-19 waren dabei zentrale Themen. Obmann **Josef Mair** informierte in der Online-Veranstaltung zahlreiche Delegierte und Ehrengäste über die aktuellen Rahmenbedingungen für die Mitglieder. Obwohl der Milchpreis eine positive Entwicklung zeige, hätten die stark gestiegenen Betriebsmittelpreise die Wertschöpfung reduziert, so der Obmann. Es müsse mittelfristig gelingen, dass Milchpreiserhöhungen an den Handel weitergegeben werden können. Eine wichtige Forderung sei auch die Weiterführung des Qualitätsprogrammes "Qplus Kuh" in der neuen GAP.

Hochwertiges Personal ist das entscheidende Kapital

Geschäftsführer **Markus Koblmüller** berichtete über die erfreuliche Strukturentwicklung in den letzten beiden Jahren sowie über die Modernisierungen in der Datenerfassung und den Aufbau neuer Dienstleistungen und EDV-Produkte für die Mitglieder und Kunden. "Die Corona-Pandemie war und ist ein ständiger Begleiter, alle LfL-Dienstleistungen sind jedoch systemrelevant und gehören zur kritischen Infrastruktur im Lebensmittelbereich. Eine zunehmende Herausforderung ist das Personalmanagement, die Gewinnung und das Halten von qualitativ hochwertigem Neupersonal wird zunehmend schwieriger. Es ist aber die Basis für hochwertige Dienstleistungen bei den Mitgliedern und Kunden. Als reiner Personaldienstleister mit rund 200 Mitarbeitern sind bei uns daher auch regelmäßige Indexanpassungen bei allen Dienstleistungen notwendig", unterstrich der Geschäftsführer.

Die Kennzahlen des Verbandes in der Finanzgebarung inklusive Eigenkapitalquote sind laut den Wirtschaftsprüfern in Ordnung. Den verantwortlichen Funktionären und dem Geschäftsführer wurde die Entlastung erteilt. Ein besonderer Dank gelte hier dem Agrarressort des Landes OÖ vor allem für die finanzielle Unterstützung der Sparte Leistungsprüfung, betonte Koblmüller.

Landwirtschaftskammer (LK)-Vizepräsident **Karl Grabmayr** bedankte sich beim LfL für die wichtige Arbeit im Dienste der oberösterreichischen Landwirtschaft und referierte über die Eckpunkte der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik und der ökosozialen Steuerreform. **Martin Stegellner** richtete als Geschäftsführer der Rinderzucht Austria Grußworte an die Teilnehmer und ging auf die Diskussionen im Bereich der Tiertransporte ein. (Schluss)

Umfangreiches Tierwohlpaket im nationalen Gesundheitsausschuss beschlossen

Eßl: Maßnahmen müssen praxistauglich sein

Wien, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Im Rahmen der Behandlung des Tierschutzvolksbegehrens im österreichischen Parlament haben sich die Koalitionsparteien ÖVP und Grüne gemeinsam mit den NEOS auf ein umfangreiches Tierwohlpaket geeinigt, das heute, Donnerstag, im Gesundheitsausschuss beschlossen wurde. Es sieht wesentliche Adaptierungen im Bereich der Haltungsbedingungen und Managementmaßnahmen, aber auch von gezielten Förderanreizen vor. "Wir wollen, dass es den Tieren gut geht", sieht ÖVP-Tierschutzsprecher **Franz Eßl** in dem Entschließungsantrag eine zielführende Weiterentwicklung zum Wohl der Tiere aufgrund sich verändernder gesellschaftlicher Anforderungen, die sich auch im Tierschutzvolksbegehren widerspiegeln haben. * * * *

"Mir ist es wichtig, bei den Maßnahmen darauf zu achten, dass sie auch in der Praxis umsetzbar sind und finanzielle Mehrbelastungen ausgeglichen werden", betont Eßl. In zahlreichen Branchengesprächen, aber auch mit Vertretern der Heimtiere ging es darum, gemeinsam mit allen Beteiligten Akzente zu setzen, die den modernen Anforderungen des Tierwohls, aber auch dem Erhalt der bäuerlichen Struktur entsprechen. "Wenn wir wollen, dass tierwohlgerechte Haltungsbedingungen und kleinbäuerliche Bewirtschaftung auch in Berggebieten in Zukunft möglich sind, müssen die Rahmenbedingungen stimmen", so Eßl.

Einen besonderen Schwerpunkt sieht der ÖVP-Tierschutzsprecher in der Umsetzung der Herkunftskennzeichnung. Damit sollen der Verkauf bäuerlicher und regionaler Produkte angekurbelt sowie Importe von Lebensmitteln mit geringeren Produktionsstandards verkleinert werden. Im neuen Tierwohlpaket wurden neben Verbesserungen für Nutztiere aber auch neue Vorhaben für Heimtiere diskutiert und beschlossen. (Schluss)

Maschinenring-Hilfsaktion "Bauern für Bauern" unterstützt schnell und unbürokratisch

Spenden für bäuerliche Familien plötzlich in Not

Linz, 9. Dezember 2021 (aiz.info). - Der Maschinenring unterstützt Bauernfamilien, die etwa aufgrund eines schweren Krankheitsfalls, Unfalls oder Todesfalls in Bedrängnis kommen, wenn es darum geht, die Arbeit am Betrieb fortzuführen, die drängendsten Zahlungen zu leisten oder die Kinderbetreuung zu organisieren. Die Hilfsorganisation "Bauern für Bauern" unterstützt in solchen Fällen mit einem finanziellen Beitrag zwischen 600 bis 6.000 Euro oder der Organisation sozialer Betriebshelfer. Seit dem Start der Aktion im Jahr 2007 wurde mehr als 260 notleidenden bäuerlichen Familien mit insgesamt über 1 Mio. Euro geholfen. Um auch weiterhin Bauernfamilien in Not rasch und unkompliziert helfen zu können, startet die vom Maschinenring gegründete Organisation auch heuer wieder einen Spendenaufruf. "Die Grundidee des Maschinenrings ist gegenseitige Hilfe, um sich das Leben zu erleichtern. Daher springen unsere sozialen Betriebshelfer im Notfall als Arbeitskräfte am Bauernhof ein. Ergänzend bietet 'Bauern für Bauern' finanzielle Unterstützung, um Schicksalsschläge abzufedern", erklärt **Hans Peter Werderitsch**, Obmann von "Bauern für Bauern".

Johann Schinko, Ehrenobmann von "Bauern für Bauern", ergänzt: "Wie unsere Fälle zeigen, gerät man selbst schneller in eine Notsituation als man vermuten würde. Beispielsweise kann das Betriebskonto im Todesfall des Betriebsführers gesperrt sein. Die Ehefrau hat keinen Zugriff auf das Konto und benötigt dringend Geld für den täglichen Lebensunterhalt oder Winterkleider für die Kinder. Wir helfen, wo finanzielle Unterstützung gebraucht wird. Die Spenden kommen dort an, wo die Not am größten ist."

Anerkannte Spendenorganisation

Der lokale Maschinenring hilft allen landwirtschaftlichen Betrieben nach dem Einreichen des "Bauern für Bauern"-Antragsformulars, unabhängig davon, ob ein Hof Maschinenring-Mitglied ist oder nicht. Anschließend wird jeder Fall verifiziert und in einem Gremium entschieden, wer gemäß der Spendenkriterien Hilfe in welcher Höhe erhält. Dabei arbeiten die Landwirtschaftskammer, die Sozialversicherung der Selbständigen (SVS), "Bauern für Bauern" sowie die lokalen Maschinenring-Büros Hand in Hand.

Informationen zum Spendenkonto gibt es auf der Website bauernfuerbauern.at, wo auch direkt online gespendet werden kann. Mit der Angabe des Namens laut Meldezettel und des Geburtsdatums unter Verwendungszweck ist die Spende steuerlich absetzbar.

Partner der Spendenaktion "Bauern für Bauern" sind die Landwirtschaftskammer Österreich, die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Kontext Druckerei, die Zeitschrift "Der fortschrittliche Landwirt", die Österreichische Bauernzeitung, "Lebensqualität Bauernhof" sowie der Kompost & Biogas Verband. Unterstützer von "Bauern für Bauern" sind Biomin, AustroAgrarShop, Kramp und die UNIQA-Versicherung. (Schluss)